



# Stadt Leipzig

befragte Wähler/-innen

**1.461**

Wahlbeteiligung

**74,7 %**

## Wahltagsbefragung zur sächsischen Landtagswahl 2024

### Ein Schnellbericht

politische Übereinstimmung  
als Beweggrund für Wahl-  
entscheidung

**42 %**

**46,4 %**

aller Wahlberechtigten gaben  
ihre Stimme im Wahllokal ab

**58 %**

meinen, Deutschland sei  
(sehr) stark von Krisen be-  
troffen

**22 %**

sind selbst (sehr) stark  
von Krisen betroffen

Herausgeber:

Stadt Leipzig

Verantwortlich i. S. d. P.:

Ulrich Hörning

Stadt Leipzig

Dezernat Allgemeine Verwaltung

Martin-Luther-Ring 4 – 6

04109 Leipzig

Tel.: 0341 123-2209

E-Mail: dezernat1@leipzig.de

Redaktion:

Dr. Andrea Schultz, Martin Waschipky

Der vorliegende Bericht ist in Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Statistik und Wahlen sowie dem Referat Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt entstanden.

Alle Rechte vorbehalten.

Es ist nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung des Referats Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt diese Veröffentlichung oder Teile daraus für gewerbliche Zwecke zu vervielfältigen oder in elektronischen Systemen zu speichern. Die Vervielfältigung dieser Veröffentlichung oder von Teilen daraus ist für nicht gewerbliche Zwecke mit Angabe der Quelle gestattet.

## Wahltagsbefragung zur sächsischen Landtagswahl 2024

### Ein Schnellbericht

*Falk Abel, Philipp Greunke, Tabea Köbler, Andrea Schultz, Martin Waschipky*

#### Gliederung

In aller Kürze .....	1
Methodische Vorbemerkungen .....	3
Zur Einordnung der Befragungsergebnisse: Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse .....	3
Vergleich zur Landtagswahl 2019 und Wählerwanderung.....	5
Gründe für die Wahlentscheidung bei Wahllokalwähler/-innen.....	8
Alter, Lebenszufriedenheit und Zukunftssicht nach Wahlentscheidung .....	13
Zufriedenheit mit der Bundes- und Landesregierung sowie Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland.....	14
Krisenbetroffenheit und Wahlentscheidung .....	19
Politische Meinungsbilder, Politikfelder .....	21
<i>Zusammenhang mit dem Lebensalter</i> .....	23
Politische Selbstwirksamkeit .....	24
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	28
Fragebogen	

#### In aller Kürze

*Die CDU konnte zur Landtagswahl 2024 in Leipzig die meisten Stimmen (Direkt- und Listenstimme) gewinnen. Platz 2 erreichte die AfD, wobei sowohl die CDU als auch die AfD ihr Listenstimmenergebnis im Vergleich zu 2019 leicht steigern konnten. Deutliche Verluste erlitten die GRÜNEN (-6,1 Prozentpunkte bei den Listenstimmen). Das neue BSW erreichte 10,3 Prozent der Listenstimmen.*

*Die Ergebnisse der Wahltagsbefragung analysieren das Verhalten der Wahllokalwähler/-innen. Knapp zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler haben am 1. September in einem Wahllokal gewählt. Für diese Wählerschaft sind die Ergebnisse repräsentativ.*

*Das neue BSW konnte zur Landtagswahl 2024 die erreichten Stimmen vor allem aus der Wählerschaft der LINKEN und der SPD (im Vergleich zur Wahl 2019) ziehen. Zur AfD wanderten Wähler/-innen von CDU und FDP. Die SPD konnte teilweise Wähler/-innen der*

*GRÜNEN auf sich ziehen. Die LINKE erzielte überdurchschnittlich viele Stimmen bei Erstwähler/-innen.*

*Ausschlaggebend für die Wahlentscheidung der Wahllokalwähler/-innen waren die Themen: Migration (Wähler/-innen der AfD); Mehrheit für AfD/Rechtsruck vermeiden (Wähler/-innen der CDU, LINKEN, GRÜNEN, SPD) sowie gegenwärtige Kriege / Rüstung (Wähler/-innen des BSW).*

*Mit der Arbeit der sächsischen Landesregierung sind viele Wählerinnen und Wähler nur teilweise zufrieden, insgesamt wird eine „Note“ von 3,1 (1-sehr zufrieden bis 5-sehr unzufrieden) vergeben. Die Bundesregierung wird über alle Sozial- und Altersgruppen hinweg nochmals schlechter bewertet und erhält im Mittel eine 3,9. Die Zufriedenheit mit der Demokratie fällt entsprechend gering aus. Nur 34 Prozent der Leipziger Wahllokalwähler/-innen sind mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. Eine geringe Zufriedenheit mit der Demokratie geht teilweise einher mit einer Abkehr von der demokratischen Staatsidee.*

*Wählerinnen und Wähler der LINKEN und der GRÜNEN stimmen der Migrations- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung weitestgehend zu, Wähler/-innen der AfD lehnen sie ab. Die CDU-Wählerschaft antwortet häufig ambivalent. Dass Deutschland an die Ukraine-Waffen liefert, lehnt die überwiegende Mehrheit der AfD- und der BSW-Wählerschaft ab. Die höchste Zustimmung zu Waffenlieferungen äußern die Wähler/-innen der GRÜNEN. CDU und LINKEN-Wählerschaft sind bei der Frage gespalten.*

*Wählerinnen und Wähler der AfD und des BSW bringen nur eine geringe externe politische Selbstwirksamkeit zum Ausdruck. Knapp zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage "Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut" zu. Bei Wählerinnen und Wählern der Grünen und der SPD verhält es sich entgegengesetzt. Die Mehrheit verneint es, "sowieso keinen Einfluss" zu haben. Parteiübergreifend lehnen die Wähler/-innen die Aussage ab: „Ich halte es für sinnlos mich politisch zu engagieren“.*

*Die Mehrheit der Leipziger Wahllokalwähler/-innen (58 Prozent) meint, Deutschland wäre derzeit stark von Krisen betroffen, jedoch gibt nur eine Minderheit (22 Prozent) an, selbst von Krisen betroffen zu sein. Krisen werden also wesentlich stärker betont bzw. beschworen, als sie selbst wahrgenommen werden.*

## Methodische Vorbemerkungen

Die Wahltagsbefragung fand in insgesamt 13 Leipziger Wahllokalen statt, in denen gleichzeitig auch die repräsentative Wahlstatistik erhoben wurde. Folglich liegen für die ausgewählten Wahllokale Informationen über die Alters- und Geschlechtsstruktur sowie die Wahlentscheidungen der Wählerinnen und Wähler vor. Diese Informationen wurden genutzt, um die Ergebnisse der Wahltagsbefragung anhand dieser Merkmale (Altersgruppe, Geschlecht und Wahlergebnis für die Wahllokalwählerschaft) zu gewichten.

Die in diesem Schnellbericht dargelegten Ergebnisse repräsentieren folglich die Leipziger Wählerschaft in den **Wahllokalen**. Eine Befragung von Briefwahlwähler/-innen war nicht möglich.

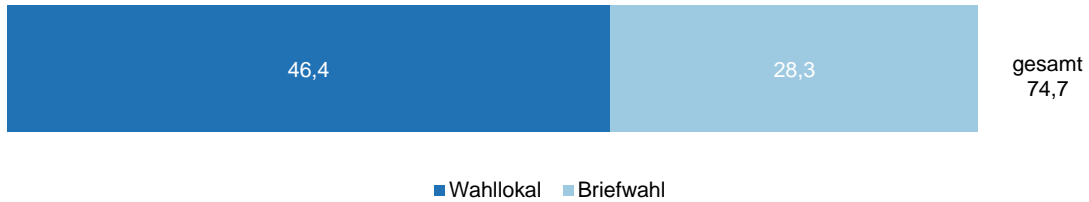
Die Befragungen fanden während der gesamten Wahlzeit zwischen 8 und 18 Uhr statt. Die Wählerinnen und Wähler wurden **nach Verlassen** des Wahllokals von einem Erhebungsbeauftragten der Stadt Leipzig nach einem Zufallsprinzip angesprochen und um das Ausfüllen des Fragebogens gebeten. Für das diskrete Ausfüllen des Fragebogens und zur Gewährleistung der Geheimhaltung stand den Befragten außerhalb des Wahlraums eine Sichtblende (Wahlkabine) und ein Behältnis zum Einwurf des Fragebogens zur Verfügung.

## Zur Einordnung der Befragungsergebnisse: Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse

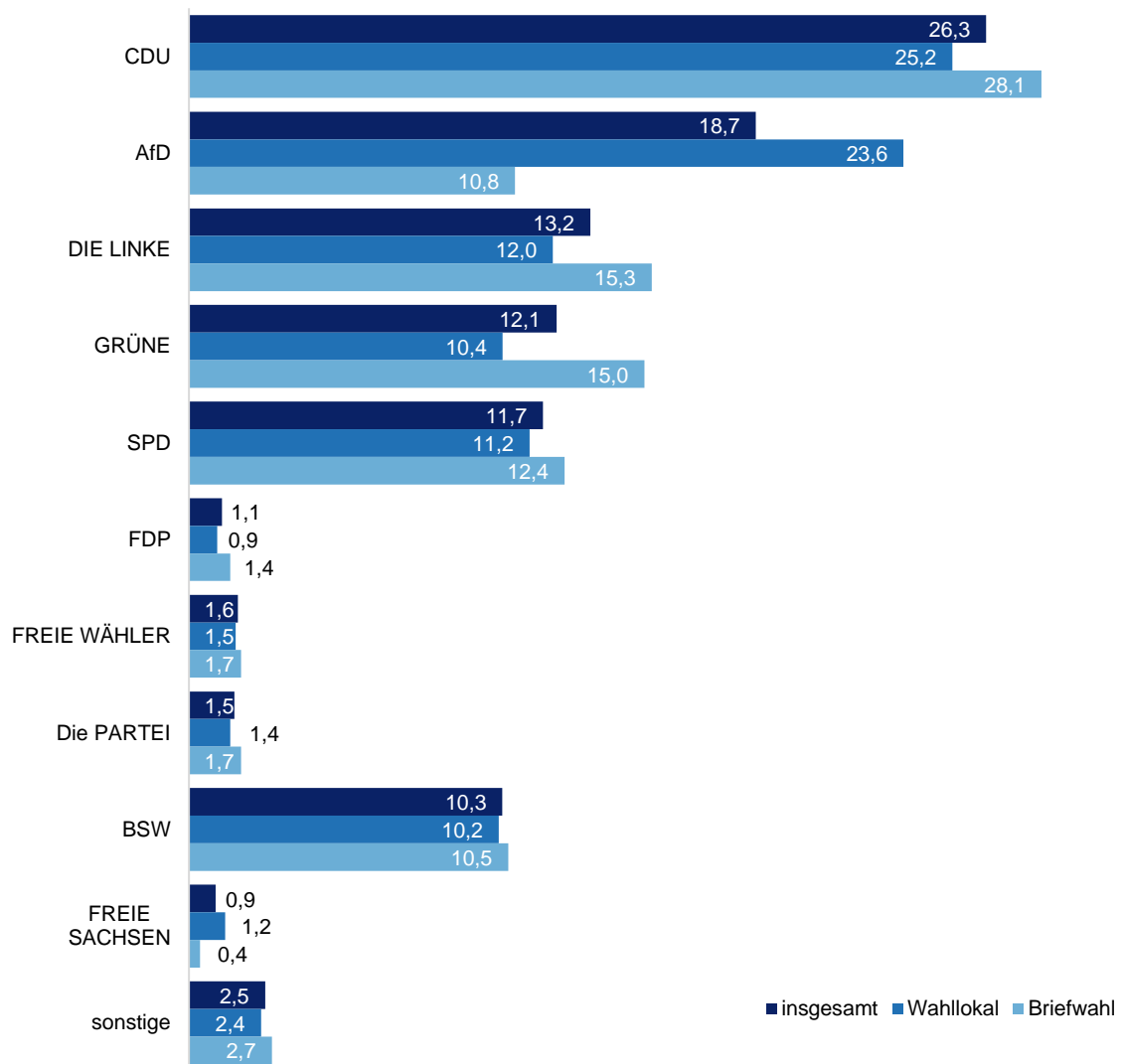
Fast drei Viertel aller wahlberechtigten Leipzigerinnen und Leipziger haben am 1. September 2024 gewählt. Damit erreichte die Wahlbeteiligung fast den Wert der Bundestagswahl 2021.

Im Vergleich zur Landtagswahl 2019 lag die Wahlbeteiligung um rund 10 Prozentpunkte höher. Das heißt, deutlich mehr Leipzigerinnen und Leipziger haben dieses Mal ihr Wahlrecht ausgeübt.

Gut 46 Prozent der Wahlberechtigten haben in einem Wahllokal gewählt. 28 Prozent haben bereits vorab per Briefwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht (vgl. Abb. 1).

**Abb. 1: Wahlbeteiligung in Wahllokalen und in der Briefwahl**

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2024 in Leipzig

**Abb. 2: Wahlergebnis der Listenstimme in Leipzig nach Wahllokal- und Briefwahlwählerschaft**

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2024 in Leipzig

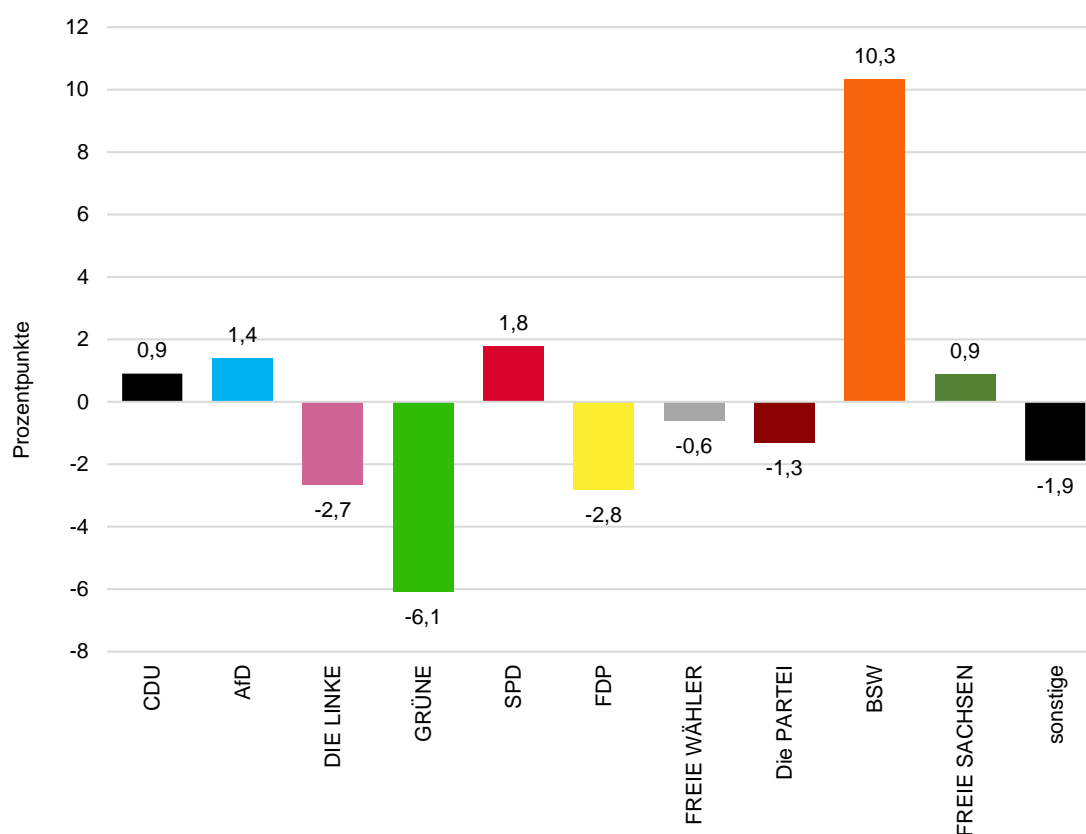
Die Befragungsergebnisse repräsentieren ausschließlich Wahllokalwähler/-innen. Dies gilt es bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass AfD-Wähler/-innen deutlich häufiger ihre Stimmen im Wahllokal abgegeben haben, Wähler/-innen der GRÜNEN und der LINKEN überproportional per Briefwahl abgestimmt haben (vgl. Abb. 2).

### Vergleich zur Landtagswahl 2019 und Wählerwanderung

Im Vergleich zur Landtagswahl 2019 konnten CDU, AfD und SPD ihr Listenstimmenergebnis leicht steigern. Deutliche Verluste erlitten die GRÜNEN (-6,1 Prozentpunkte bei den Listenstimmen), leichtere Verluste die LINKEN. Das neue BSW konnte aus dem Stand 10,3 Prozent der Listenstimmen erzielen.

**Abb. 3: Gewinne und Verluste zwischen Landtagswahl 2024 und 2019 in Leipzig**

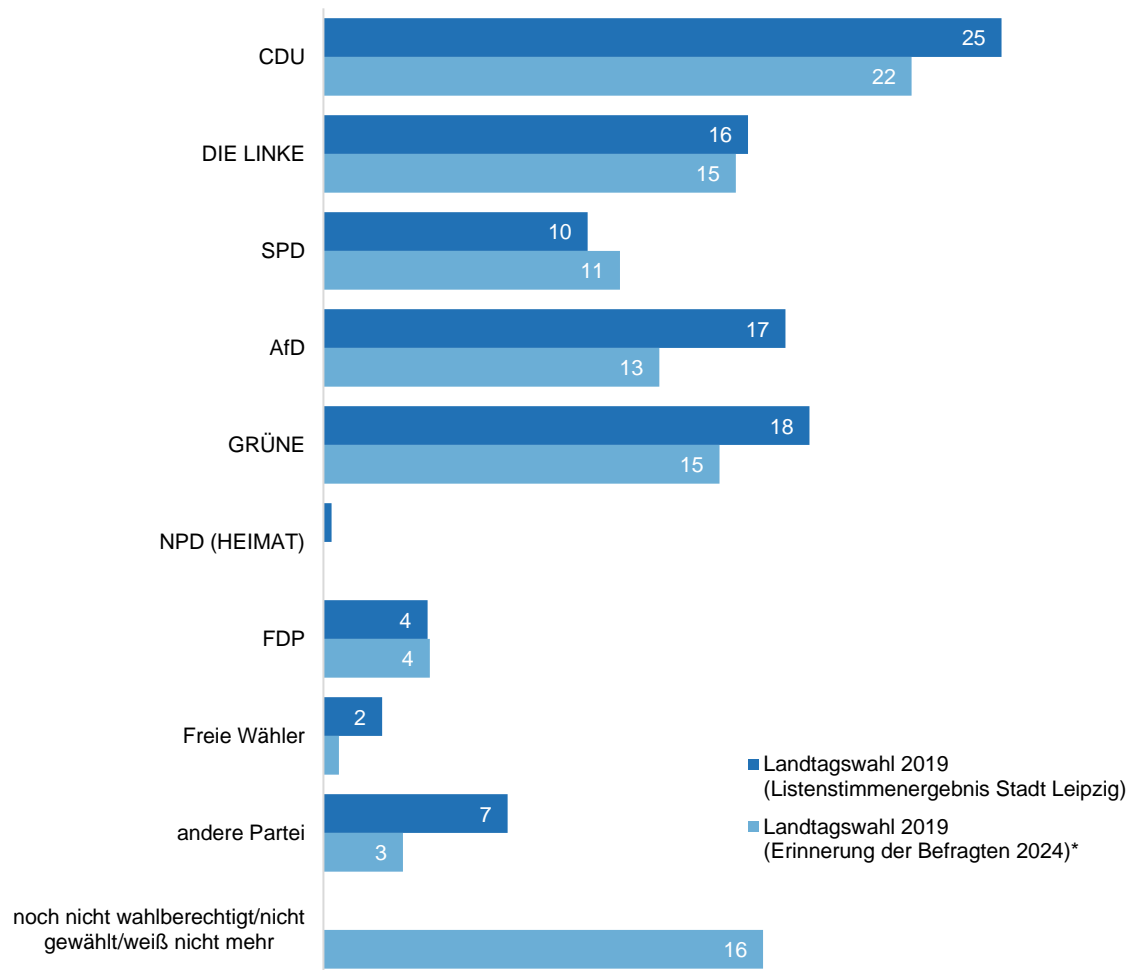


Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2024, amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2019 in Leipzig

Angesichts der deutlichen Verschiebungen zwischen der Landtagswahl 2019 und 2024 stellt sich die Frage, welche Wähler/-innen wohin „gewandert“ sind. Die Wahltagsbefragung kann darauf – zumindest eingeschränkt – Antworten geben.

Werden Wählerwanderungen über Befragungen analysiert, stellt sich das Problem, dass viele Wähler/-innen sich nicht mehr an die zuletzt getroffene Wahlentscheidung erinnern können oder sich falsch erinnern. Aus der Forschung ist bekannt, dass Aggregatdaten informationsreicher und unverzerrter sind als Befragungsdaten (Leitner, Klima, & Thurner, 2024). Für Leipzig liegen für diesen Schnellbericht jedoch zunächst nur die Befragungsdaten vor. Ein Vergleich zwischen Befragungsdaten und dem „echten“ Wahlergebnis von 2019 zeigt Abb. 5. Vergleichsweise zu häufig wurde angegeben, 2019 noch die CDU gewählt zu haben, vergleichsweise zu selten wurden hingegen AfD und GRÜNE benannt. Berücksichtigt werden muss, dass sich die Wahltagsbefragung nur an Wahllokalwähler/-innen richtet. Insofern kann die retrospektiv seltenere Nennung der GRÜNEN auch an der höheren Briefwahlbeteiligung bei dieser Wählerschaft liegen. Zu den Abweichungen bei der AfD liegen keine Erkenntnisse vor.

**Abb. 4: Wahlergebnis der Landtagswahl 2019 im Vergleich zur aktuellen Erinnerung der Befragten**

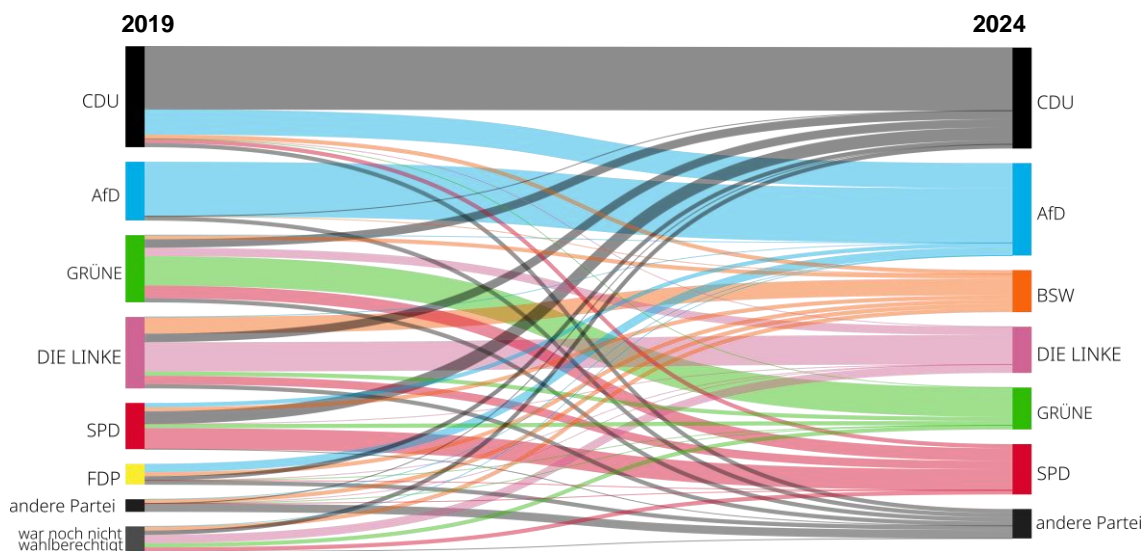


amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2019 in Leipzig (dunkelblauer Balken), Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024, Befragte, n = 1.416 (hellblauer Balken); Anteile in Prozent  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig



Die Abweichungen sind jedoch nicht derart gravierend, als dass das Flussdiagramm in Abb. 5 nicht einen Eindruck zur Wanderung der Wähler/-innen verschaffen könnte.

**Abb. 5: Wählerwanderung auf Basis der Wählerbefragung (Listenstimme)**



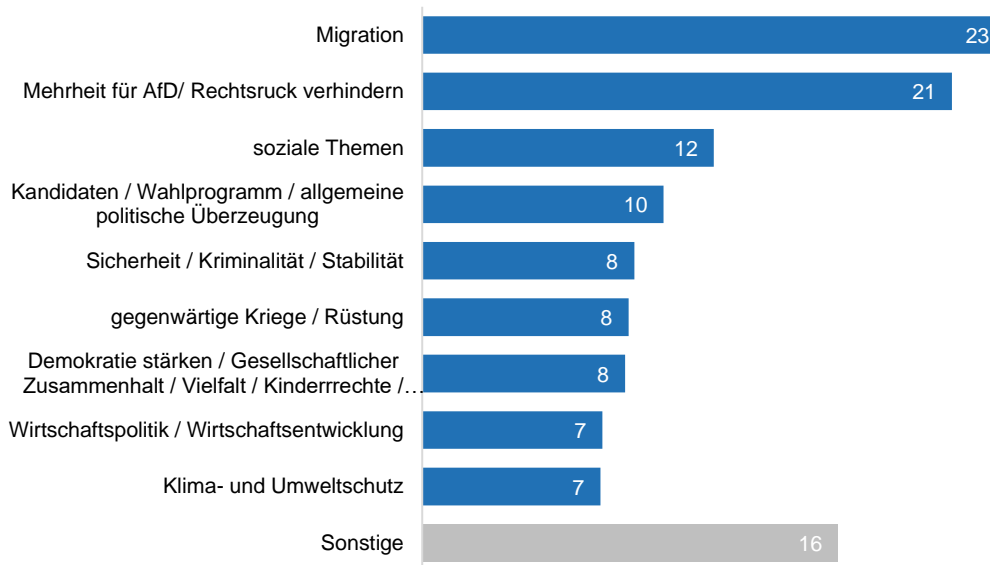
Befragte, n = 1.416; Anteile in Prozent, ohne *weiß nicht* und *nicht gewählt*  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Stärkere Verschiebungen traten zwischen der CDU und der AfD auf. 25 Prozent der AfD-Wähler/-innen gaben an, 2019 noch die CDU gewählt zu haben. Weitere 8 Prozent der AfD-Wähler/-innen hatten 2019 noch die FDP gewählt. Das neue BSW erreichte bei ihrem erstmaligen Antritt zur Landtagswahl 10,3 Prozent aller Listenstimmen und konnte diese Stimmen vor allem aus der Wählerschaft der LINKEN (40 Prozent) und der SPD (12 Prozent) ziehen. Die SPD konnte nennenswert Wähler/-innen der GRÜNEN auf sich ziehen. Die LINKE erzielte überdurchschnittlich viele Stimmen bei Erstwähler/-innen.

## Gründe für die Wahlentscheidung bei Wahllokalwähler/-innen

Die Befragten wurden gebeten als Stichpunkt zu notieren, welches politische Thema ihre Wahlentscheidung zur Landtagswahl 2024 am stärksten beeinflusst hat. Die genannten Aspekte wurden zu Kategorien zusammengefasst<sup>1</sup>: Für fast ein Viertel der Wählerinnen und Wähler waren demnach Migration und Asyl die wahlentscheidenden Themen. Beinahe ebenso viele Befragte gaben an, durch ihre Wahlentscheidung eine Landtagsmehrheit für die AfD verhindern bzw. dem Rechtsruck entgegenwirken zu wollen (vgl. Abb. 6).

**Abb. 6: Ausschlaggebende Themen für die Wahlentscheidung (offene Frage)**

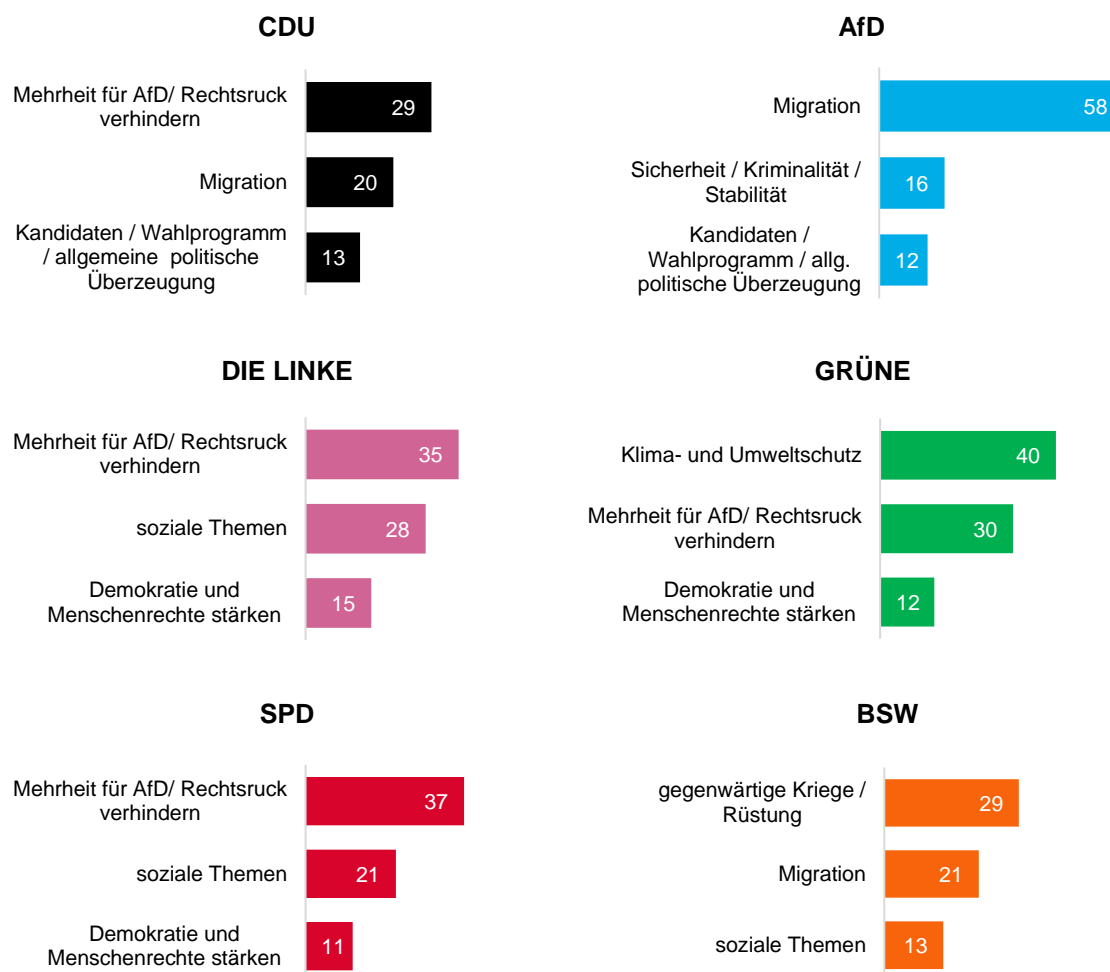


Befragte, n = 1.254; Anteile in Prozent, Mehrfachantworten, unter „Sonstiges“ sind alle Kategorien zusammengefasst, die von weniger als 5 Prozent der Befragten genannt wurden, darunter Bildung und Teilhabe / Chancengleichheit, Protest und allgemein taktisches Wählen.

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Die wesentlichen Gründe für die Wahlentscheidung unterscheiden sich stark je nachdem welche Partei mit Listenstimme gewählt wurde. Das Thema Migration ist insbesondere für Wähler/-innen der AfD entscheidend (61 Prozent) und wurde mit Abstand am häufigsten genannt. Für Wähler/-innen der CDU (19 Prozent) und des BSW (21 Prozent) steht das Thema an zweiter Stelle und ist damit ebenfalls besonders relevant. Ein erheblicher Anteil von etwa einem Drittel der Leipzigerinnen und Leipziger, die mit Listenstimme im Wahllokal CDU, DIE LINKE, GRÜNE oder SPD gewählt haben, begründet die Entscheidung taktisch damit, eine Mehrheit für die AfD im neuen sächsischen Landtag verhindern bzw. dem Rechtsruck entgegen wirken zu wollen.

<sup>1</sup> Die Kategorien wurden mithilfe qualitativer Inhaltsanalyse gebildet und stellen in der Zusammenfassung nicht dar, welche Meinung der/die Befragte zu dem jeweiligen Thema hat.

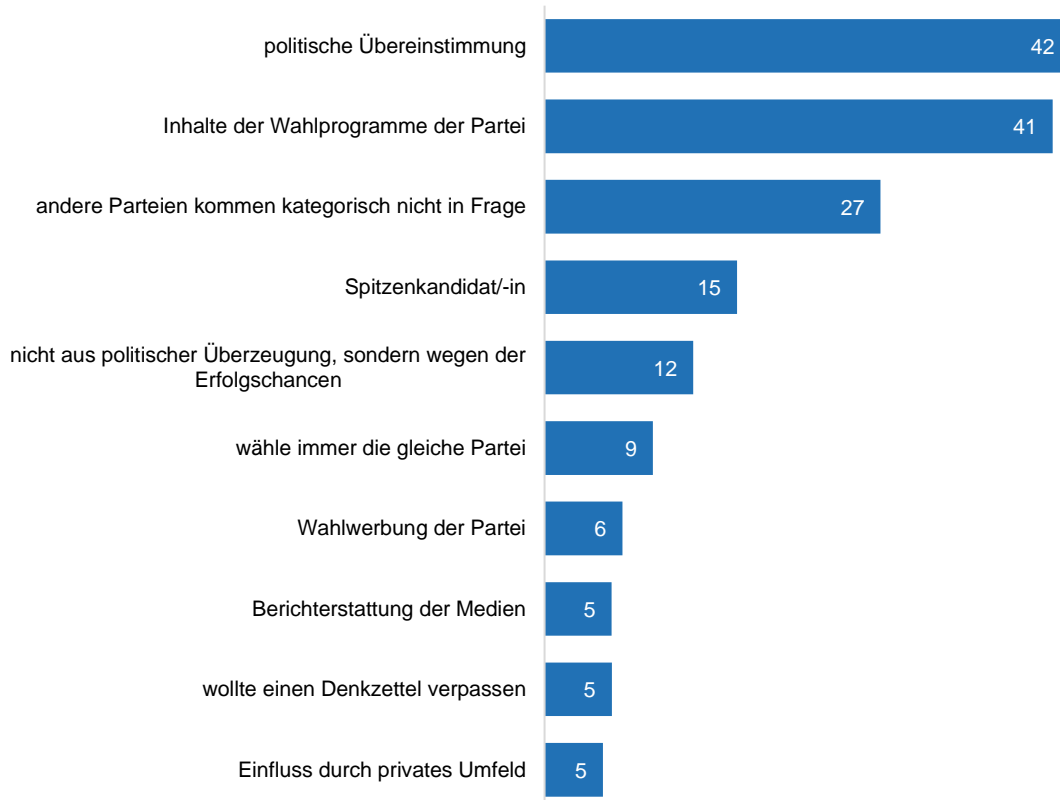
**Abb. 7: Wichtigste Themen für die Wahlentscheidung nach Partei (offene Frage)**

Befragte, n = 1.254; Anteile in Prozent, Mehrfachantworten, Wählergruppen anhand der Listenstimme gebildet  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Auch die „klassischen“ Themen der Parteien spiegelt das Befragungsergebnis wieder: Die wichtigsten Themen für die Wahlentscheidung von GRÜNEN-Wähler/-innen betreffen den Bereich Klima- und Umweltschutz (40 Prozent, vgl. Abb. 7). Für die Wähler/-innen aller – und anderen gemäß Wahlergebnis zukünftig im Landtag vertretener Parteien – spielt das Politikfeld hingegen kaum eine Rolle und wurde von höchstens 5 Prozent benannt. Für Wähler/-innen von SPD und LINKE sind soziale Themen vergleichsweise häufig wahlentscheidend (BSW: 13 Prozent, Grüne: 10 Prozent). Für 11 Prozent derjenigen, die mit Listenstimme CDU gewählt haben, waren Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung ausschlaggebend für die Wahlentscheidung, für weitere 10 Prozent das Themenfeld Sicherheit / Kriminalität / Stabilität, wobei die Kategorien in dieser Wähler/-innengruppe erst am viert- bzw. fünfhäufigsten genannt wurden.

Für Wähler/-innen, die ihre Listenstimme dem neugegründeten BSW gegeben haben, waren an erster Stelle Themen um gegenwärtige Kriege und Rüstungsfragen entscheidend (29 Prozent). Damit hebt sich die Gruppe deutlich ab – für Wähler/-innen aller anderen Parteien fanden jeweils weniger als 8 Prozent dieses Themenspektrum besonders wichtig für ihre Wahlentscheidung.

**Abb. 8: Beweggründe für die Wahlentscheidung (Listenstimme), vorgegebene Antwortmöglichkeiten**



Befragte, n = 1.408; Anteile in Prozent, Mehrfachantworten  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

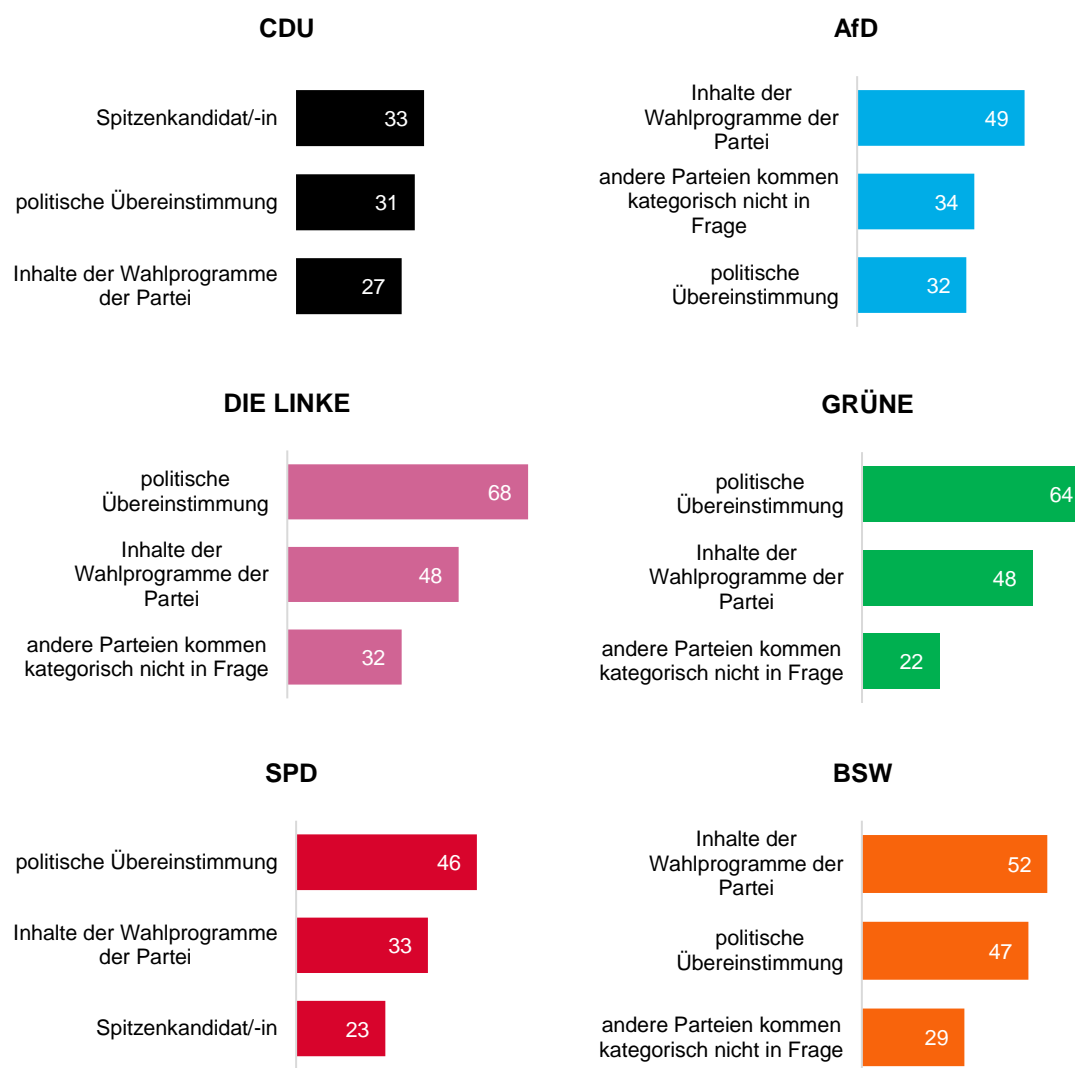
Die Teilnehmer/-innen der Wahltagsbefragung konnten in einem weiteren Schritt aus vorgegeben Antwortoptionen drei auswählen, die allgemeiner beschreiben, wie sie zu ihrer Wahlentscheidung gekommen sind (gemeint war hier konkret die Listenstimme). 42 Prozent nannten politische Übereinstimmung als ausschlaggebenden Grund, 41 Prozent bezogen sich ebenfalls thematisch auf die Inhalte der Wahlprogramme der Partei. Für knapp jeden dritten kamen andere Parteien als die gewählte(n) kategorisch nicht in Frage und 15 Prozent waren von den Spitzenkandidat/-innen besonders überzeugt.

Auch in Bezug auf die genannten Kriterien bei der Wahlentscheidung zeigen sich Unterschiede zwischen den Wählerschaften der verschiedenen Parteien (Listenstimme).

Für ein Drittel der Wähler/-innen der CDU (33 Prozent) war der Ministerpräsident Michael Kretschmer als Spitzenkandidat besonders ausschlaggebend, während prozentual vergleichsweise wenige Befragte (27 Prozent) die Inhalte des Wahlprogramms der Partei nannten.

49 Prozent derjenigen, die AfD gewählt haben, gaben an, dass Inhalte des Wahlprogramms sie dazu bewegt haben. 34 Prozent befanden außerdem, dass andere Parteien kategorisch nicht in Frage kommen. 32 Prozent befanden außerdem, dass andere Parteien kategorisch nicht in Frage kommen.

**Abb. 9: Beweggründe für die Wahlentscheidung (Listenstimme) nach Partei, vorgegebene Antwortmöglichkeiten**



Befragte, n = 1.408; Anteile in Prozent, Mehrfachantworten, Wählergruppen anhand der Listenstimme gebildet  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Mit 68 bzw. 64 Prozent haben Wähler/-innen von DIE LINKE und GRÜNE besonders häufig aufgrund von politischer Übereinstimmung die Parteien gewählt, je 48 Prozent waren auch vom Wahlprogramm überzeugt.

Für die Wählergruppe der SPD fällt neben häufiger Nennung der politischen Übereinstimmung (48 Prozent gaben an, dadurch zu ihrer Wahlentscheidung gekommen zu sein) auch der große Anteil auf, der aufgrund der Spitzenkandidat/-in die Partei gewählt hat (23 Prozent) – nur die CDU-Wähler/-innen zeigen hier im Vergleich höhere Werte. Für die Wähler/-innen des BSW waren vor allem Inhalte des Wahlprogramms (52 Prozent) und politische Übereinstimmung (47 Prozent) zentrale Beweggründe ihrer Entscheidung.

Im Ergebnis der Befragung fällt außerdem auf, dass Wähler/-innen abhängig vom Alter ihre Wahlentscheidung aufgrund politischer Übereinstimmung treffen: Für jüngere (18 bis 24 Jahre: 56 Prozent) spielt der Beweggrund eine wesentlich größere Rolle als für ältere (75 Jahre und älter: 21 Prozent). Umgekehrt entschied sich ein Viertel der über 75-Jährigen aufgrund einer Spitzenkandidatin oder eines Spitzenkandidaten, während nur 8 Prozent der unter 25-Jährigen ihre Wahlentscheidung damit begründeten.

### Abb. 10: Selbstverortung im politischen Spektrum nach Wahlentscheidung (Listenstimme)

Fragestellung: Wo würden Sie Ihre politischen Ansichten auf einer Skala von 1 = „sehr weit links“ bis 11 = „sehr weit rechts“ einordnen?

	sehr weit links										sehr weit rechts
<b>Gesamt:</b>	5	8	15	13	8	24	8	7	7	1	2
Listenstimme											
<b>CDU</b>	0	3	9	13	10	37	13	9	4	1	0
<b>AfD</b>	2	1	0	1	3	28	11	18	25	2	8
<b>DIE LINKE</b>	20	32	26	13	4	2	2	0	0	0	0
<b>GRÜNE</b>	8	12	34	25	13	6	1	0	0	0	0
<b>SPD</b>	4	5	30	28	15	16	1	1	0	0	0
<b>BSW</b>	5	6	22	14	12	25	7	3	2	3	1
<b>andere</b>	5	7	6	10	12	32	10	6	8	1	1

Befragte, n = 1.381; Anteile in Prozent, dargestellt nach Listenstimmergebnis, Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Wenn sich die Leipziger Wählerinnen und Wähler auf einer Skala von „sehr weit links“ bis „sehr weit rechts“ selbst verorten, ergibt sich insgesamt ein Spektrum mit Schwerpunkt leicht links der Mitte: 41 Prozent stufen sich (eher) links<sup>2</sup> ein, 41 Prozent ordnen sich mittig ein und 18 Prozent rechts der Mitte. Für die Wählergruppe der LINKEN passt das städtische Bild ganz zum Parteinamen: 52 Prozent verstehen sich als links und 39 Prozent in einer Mitte-links Position, d.h. 92 Prozent der Wähler/-innen der Partei sehen sich selbst

<sup>2</sup> Kategorisierung der Skalenwerte: links (1, 2), Mitte-links (3, 4), Mitte (5, 6, 7), Mitte-rechts (8, 9) rechts (10, 11)

im „linken Spektrum“. Auch unter den GRÜNEN-Wähler/-innen verorten sich 80 Prozent (eher) links.

Die sächsische AfD wurde Ende 2023 durch das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. 42 Prozent der Wähler/-innen der Partei sehen sich hingegen selbst in der politischen Mitte und 43 Prozent in einer mitte-rechts Position. Ein kleiner Teil von 10 Prozent begreift sich selbst als rechts und kreuzte die Skala entsprechend in den äußersten beiden Feldern an.

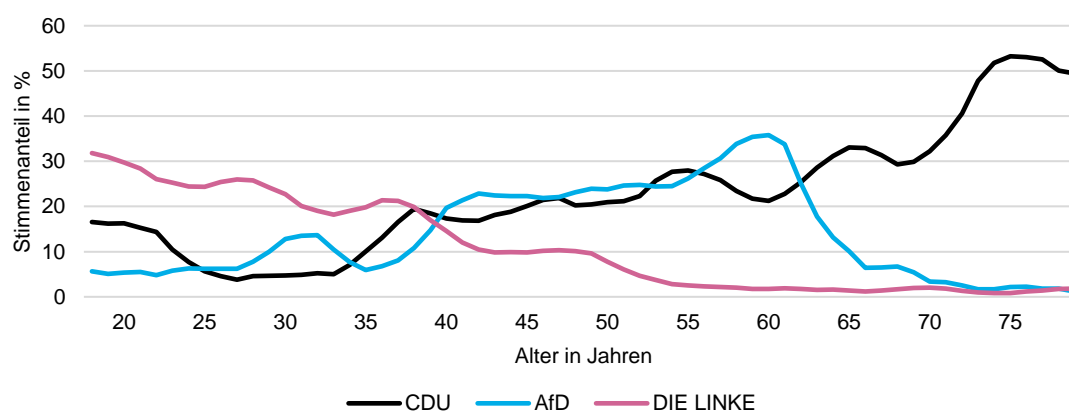
Die Ergebnisse für die Wählergruppe des neu gegründeten BSW bilden ein relativ breit um die Mitte gefächertes Spektrum ab, das zwischen SPD und CDU rangiert. Die klar linke Position der Wählergruppe der LINKEN, der BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht zuvor angehörte, ist hier nicht zu erkennen.

Die Kategorisierung von Parteien als „rechts“ oder „links“ wird schon länger diskursiv in Frage gestellt und teils als überholt kritisiert. Aus den Umfragedaten ist nicht ersichtlich, welcher Anteil der Befragten das Kategoriensystem an sich für unpassend halten könnte.

### Alter, Lebenszufriedenheit und Zukunftssicht nach Wahlentscheidung

In Abb. 11 ist für die drei Parteien mit den meisten Listenstimmen in Leipzig das Listenstimmenergebnis nach Alter der Befragten dargestellt. Deutlich wird dabei, dass etwa mit dem Eintritt in das Rentenalter die CDU die dominierende Partei ist. Spiegelbildlich dazu sinkt der Anteil an Personen, der in dieser Lebensphase die AfD wählt. Die AfD kann besonders viele Stimmen bei Personen im Alter ab etwa Anfang 50 bis Anfang 60 erzielen. DIE LINKE erreicht deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse bei Leipzigerinnen und Leipzigern bis etwa Mitte 30, die im Wahllokal ihre Stimme abgegeben haben.

**Abb. 11: Wähler/-innen von CDU, AfD und DIE LINKE (Listenstimmenergebnis) nach Alter**

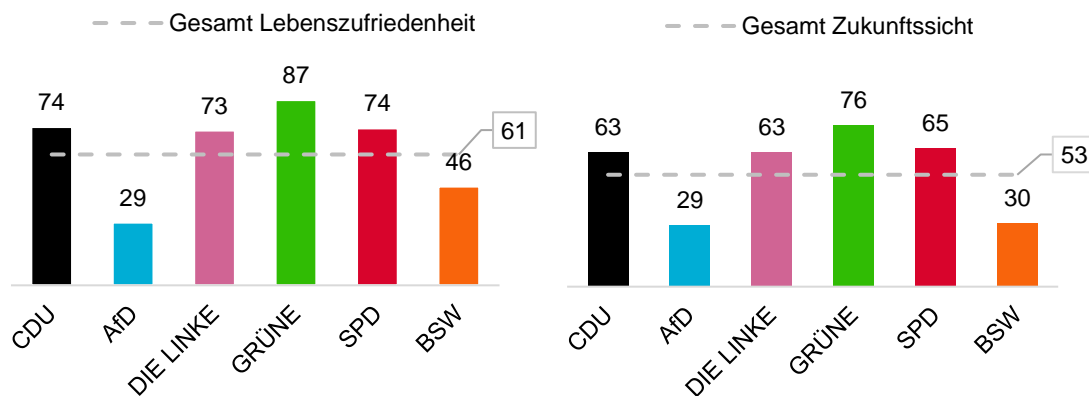


Befragte, n = 1.409; Anteile in Prozent, geglättete Werte  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Deutliche Parallelen zwischen der Wählerschaft der AfD und des BSW zeigen sich bei der Frage nach der persönlichen Lebenszufriedenheit und der Zukunftssicht. Der Anteil der Wähler/-innen der AfD, der mit dem eigenen Leben zufrieden ist, liegt nur bei 29 Prozent. Bei den Wähler/-innen der GRÜNEN ist er mit 87 Prozent drei Mal so groß. Zufriedenheitsdefizite mit ihrem Leben im Allgemeinen weisen Leipzigerinnen und Leipziger auf, die BSW gewählt haben (nur 46 Prozent zufrieden).

Beim Blick auf ihre Zukunft zeichnen die Wählerinnen und Wähler der AfD und des BSW das mit Abstand pessimistischste Bild: Nur 29 Prozent (AfD) bzw. 30 Prozent (BSW) blicken optimistisch auf ihre persönliche Zukunft. Bei der Wählerschaft der übrigen Parteien überwiegen hingegen optimistische Zukunftsszenarien: jeweils mehr als 50 Prozent ihrer Anhängerschaften geben an, *optimistisch* oder *eher optimistisch* in die Zukunft zu blicken.

**Abb. 12: Lebenszufriedenheit (Anteile „sehr zufrieden und zufrieden“) und Zukunftssicht (Anteile „optimistisch“ und „eher optimistisch“) nach Listenstimme**



Befragte, n = 1.425 (Lebenszufriedenheit), n = 1.428 (Zukunftssicht); Anteile in Prozent, Mehrfachantworten  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

## Zufriedenheit mit der Bundes- und Landesregierung sowie Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

### ***Bewertung der Regierungsarbeit***

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass sich nahezu alle Befragten befähigt sehen, die Arbeit von Bundes- und Landesregierung einschätzen zu können. Nur ein äußerst geringer Anteil gibt an, die Arbeit der sächsischen Landesregierung (2 Prozent) und der Bundesregierung (1 Prozent) nicht beurteilen zu können.

Die Zufriedenheit mit der sächsischen Landesregierung fällt insgesamt etwas höher aus als die Zufriedenheit mit der Bundesregierung. Dieser Befund gilt für nahezu alle Bevölkerungsgruppen und Wählerschaften. Einzig die Wählerinnen und Wähler der



GRÜNEN stellen der Bundesregierung ein minimal besseres Zeugnis aus als der sächsischen Landesregierung.

Mit einer Durchschnittsnote von 3,1 (1-sehr zufrieden bis 5-sehr unzufrieden) für die sächsische Landesregierung und einer 3,9 für die Bundesregierung wird jedoch der Arbeit beider Regierungen kein zufriedenstellendes Zeugnis ausgestellt.

**Abb. 13: Zufriedenheit mit der sächsischen Landesregierung und der Bundesregierung**

		sehr zufrieden	eher zufrieden	teils/teils	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Sächsische Landesregierung	Listenstimme					
	CDU	11	52	32	4	1
	AfD	0	6	35	27	33
	DIE LINKE	1	12	42	34	11
	GRÜNE	0	18	59	21	1
	SPD	6	34	48	10	2
	BSW	1	17	47	15	21
	andere Partei	0	13	39	30	18
Bundesregierung	Listenstimme					
	CDU	1	9	29	29	32
	AfD	3	1	2	15	79
	DIE LINKE	0	11	40	32	17
	GRÜNE	1	38	45	13	3
	SPD	1	26	47	20	6
	BSW	0	1	21	28	50
	andere Partei	0	4	25	29	42

Befragte, n = 1.443 und 1.427; Anteile in Prozent, ohne *weiß nicht*  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Am zufriedensten mit der Arbeit der Landesregierung sind die Wählerinnen und Wähler der CDU. Fast zwei Drittel von ihnen zeigen sich mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden (vgl. Abb. 13), was eine Durchschnittsnote von 2,3 entspricht. Bei den Wählerinnen und Wählern der CDU besteht jedoch auch die größte Diskrepanz zwischen dem Urteil zur sächsischen Landesregierung und der Bundesregierung. Nur 10 Prozent der CDU-Wähler/-innen sind mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden, was eine Durchschnittsnote von 3,8 zur Folge hat.

Die höchste Unzufriedenheit mit der Arbeit der sächsischen Landesregierung und der Bundesregierung bekunden die Wähler/-innen der AfD. Nur 6 Prozent zeigen sich mit der Arbeit der Landesregierung (Durchschnittsnote 3,9) und 4 Prozent mit jener der Bundesregierung (Durchschnittsnote 4,7) zufrieden.

In ihrem Urteil gespalten sind die Wähler/-innen und Wähler der SPD. 40 Prozent sind mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden. Jedoch: Fast jede/-r Zweite gibt die Residualkategorie *teils/teils* an. SPD-Wähler/-innen bewerten die Arbeit der sächsischen Landesregierung insgesamt um 0,3 Notenpunkte besser als jene der aktuellen Bundesregierung.

Ebenfalls in ihrem Urteil gespalten sind die Wähler/-innen und Wähler des BSW und der GRÜNEN. Auch diese Befragten geben bei der Bewertung der Landesregierung vielfach die Residualkategorie *teils/teils* an (47 bzw. 59 Prozent).

Während die Wähler/-innen der LINKEN und des BSW bei der Bewertung der Arbeit der Landesregierung im Mittel zu einem ähnlichen Urteil kommen, unterscheiden sie sich bei der Bewertung der Bundesregierung deutlich: BSW-Wähler/-innen bewerten die Bundesregierung im Mittel mit einer 4,3; die Wählerschaft der LINKEN vergibt eine 3,5.

### ***Bewertung der Demokratie in Deutschland***

*Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.* So formuliert es Artikel 20 des Grundgesetzes. Die Aufgabe der sächsischen Landesregierung und der Bundesregierung ist es, jeweils den politischen Willen der demokratisch gewählten Parlamente umzusetzen. In der Wahltagsbefragung wurde entsprechend nach der Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierungen befragt.

Eine Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung kann Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit an sich haben. So stellt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung fest, dass neben weiteren Faktoren „*die als unzulänglich empfundenen Leistungen der Regierungspolitik [dazu] führen [können], dass die Bürger\_innen alternative Regierungsweisen vermehrt ins Spiel bringen und präferieren*“ (Best, Decker, Fischer, & Küppers, 2023).

In der Tat sind nur 34 Prozent der Leipziger Befragten alles in allem mit der Demokratie in Deutschland zufrieden, 43 Prozent sind unzufrieden und 23 Prozent äußern sich ambivalent. Nur äußerst wenige Befragte (<1 Prozent) sehen sich nicht im Stande, ein Urteil abzugeben. Die Wählerinnen und Wähler schätzen sich folglich als befähigt ein, das Funktionieren der Demokratie in Deutschland einschätzen zu können.

Die ermittelten Zufriedenheitswerte der Leipziger Befragten sind insgesamt als eher niedrig einzuordnen. Vergleichswerte liegen nur in abgewandelter Formulierung aus dem Eurobarometer des Europäischen Parlaments vor.<sup>3</sup> Anhand der EU-weiten Untersuchung konnte für die Bundesrepublik Deutschland ein Zufriedenheitswert von 57 Prozent ermittelt werden, die höchste Demokratiezufriedenheit herrscht aktuell in Dänemark und

---

<sup>3</sup> Die Formulierung lautet dort: On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in (OUR COUNTRY)? (%). Das Antwortmodell enthält demnach keine Residualkategorie (teils/teils).

Luxemburg (jew. 87 Prozent), die niedrigste in Bulgarien und der Slowakei (jew. 40 Prozent) sowie Griechenland (37 Prozent) und Zypern (36 Prozent; Tsoulou Malakoud, et al., 2023).

Auch bei eingeschränkter Vergleichbarkeit aufgrund eines unterschiedlichen Antwortmodells: Anhand der Ergebnisse der Wahltagsbefragung muss für Leipzig eine verminderte Demokratiezufriedenheit festgehalten werden. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zudem zu berücksichtigen, dass das Meinungsbild der Briefwähler/-innen und der Nichtwähler/-innen in den Leipziger Ergebnissen fehlt.

Nach Wählerschaft betrachtet treten eklatante Unterschiede zu Tage (vgl. Abb. 14). Besondere Unzufriedenheit herrscht bei Wähler/-innen der AfD. Eine große Mehrheit von 83 Prozent ist mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden. In Schulnoten ausgedrückt, vergeben die AfD-Wähler/-innen eine 4,3 (1-sehr zufrieden bis 5-sehr unzufrieden).

**Abb. 14: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland**

		sehr zufrieden	eher zufrieden	teils/teils	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Demokratie in Deutschland	Listenstimme					
	CDU	9	33	30	21	7
	AfD	0	6	11	33	49
	DIE LINKE	3	41	29	18	10
	GRÜNE	16	55	21	7	1
	SPD	13	50	28	9	0
	BSW	1	14	20	40	25
	andere Partei	4	17	23	28	29

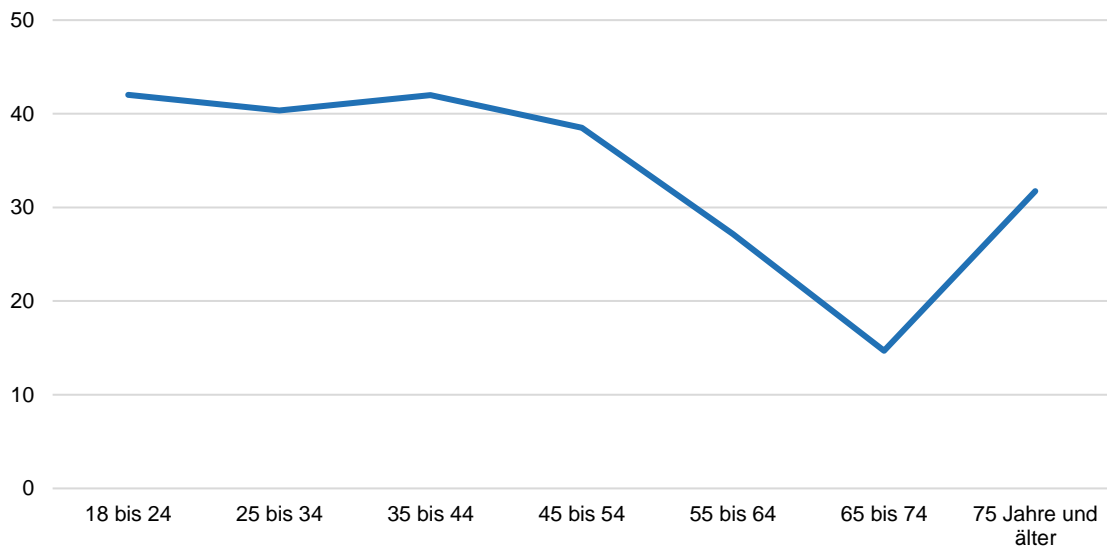
Befragte, n = 1.423; Anteile in Prozent, ohne *weiß nicht*  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Auch die Wählerschaft des BSW äußert mit großer Mehrheit eine Demokratieunzufriedenheit. In Schulnoten ausgedrückt vergeben BSW-Wähler/-innen eine 3,7.

Mehrheitlich zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind nur Wähler/-innen der GRÜNEN (71 Prozent; Mittelwert 2,2) und der SPD (63 Prozent; Mittelwert 2,3).

Wähler/-innen und Wähler von CDU und der LINKEN beurteilen die Demokratie sehr ähnlich und vergeben im Mittel eine 2,8 bzw. 2,9.

Nach Altersgruppen betrachtet herrscht insbesondere in der Altersgruppe der 55- bis unter 75-Jährigen eine besonders geringe Zufriedenheit mit der Demokratie vor (vgl. Abb. 15). Dabei handelt es sich um eine Altersgruppe, die in Leipzig höhere Anteile erwerbsloser Personen bzw. gebrochener Erwerbsbiographie in Folge der Wiedervereinigung aufweist. Geringere Rentenanwartschaften und ein höheres Risiko für Altersarmut sind die Konsequenz (Stadt Leipzig, 2022).

**Abb. 15: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland nach Altersgruppen**

Befragte, n = 1.423; Anteile in Prozent, ohne *weiß nicht*  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Problematisch ist eine eingeschränkte Demokratiezufriedenheit, da sie Auswirkungen auf die Unterstützung demokratischer Systeme hat. In Abb. 16 ist grafisch dargestellt, dass mit zunehmender Unzufriedenheit des demokratischen Systems in Deutschland auch die Unterstützung demokratischer Systeme insgesamt sinkt. Nur noch 55 Prozent derjenigen, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, halten die Demokratie an sich für die beste aller Staatsideen.

**Abb. 16: Demokratieunterstützung nach Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland**

**Zustimmung zur Aussage: *Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.***



Befragte, n = 1.381; Anteile *stimme voll zu* und *stimme eher zu* in Prozent  
*Lesehinweis:* 95 Prozent der Befragten, die mit der Demokratie in Deutschland (sehr) zufrieden sind, stimmen auch der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ zu.  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

## Krisenbetroffenheit und Wahlentscheidung

Die Gegenwart ist geprägt von multiplen Krisen – Kriege, Inflation und Folgen der Corona-Pandemie sind jeden Tag medial präsent. Die Teilnehmenden der Wahltagsbefragung wurden gebeten einzuordnen, wie stark ihrer Meinung nach Deutschland und wie stark sie selbst derzeit von Krisen betroffen sind.

Insgesamt sind etwa 6 von 10 Leipziger Wahllokalwähler/-innen der Meinung, dass Deutschland (*sehr*) *stark* von den gegenwärtigen globalen Krisen betroffen ist (58 Prozent (*sehr*) *stark*). Auf der persönlichen Ebene betrachtet ist hingegen nur gut ein Fünftel (*sehr*) *stark* betroffen (22 Prozent). In Bezug auf beide Fragen wählte jeweils etwa ein Drittel die Option *mittel*. Dass der Zustand eines größeren Bezugsraums oder einer größeren Bezugsgruppe – zum Beispiel die Stadtgesellschaft oder der Staat – schlechter eingeschätzt wird als die persönliche Lebenssituation lässt sich auch in anderen Erhebungen beobachten (Stadt Leipzig, 2022). So schätzen im Rahmen der Kommunalen Bürgerumfrage der Stadt Leipzig die Befragten typischerweise ihre eigene wirtschaftliche Situation deutlich besser ein als die der Stadt Leipzig, was häufig nicht mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung übereinstimmt. Auch aus der Forschung ist bekannt, dass die Einkommenssituation und Ungleichheiten verzerrt wahrgenommen werden (Busemeyer, Lauritz Schönhage, Baute, Bellani, & Schwerdt, 2023).

**Abb. 17: Krisenbetroffenheit nach Listenstimme**

Wie stark ist **Deutschland**  
Ihrer Meinung nach derzeit  
von Krisen betroffen?

	gar nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark
CDU	0	7	36	42	16
AfD	0	0	18	36	46
DIE LINKE	0	20	43	31	5
GRÜNE	0	20	50	27	2
SPD	0	15	43	34	8
BSW	0	2	25	44	29
andere Partei	1	9	25	41	24

Wie stark sind **Sie** von den  
Krisen betroffen?

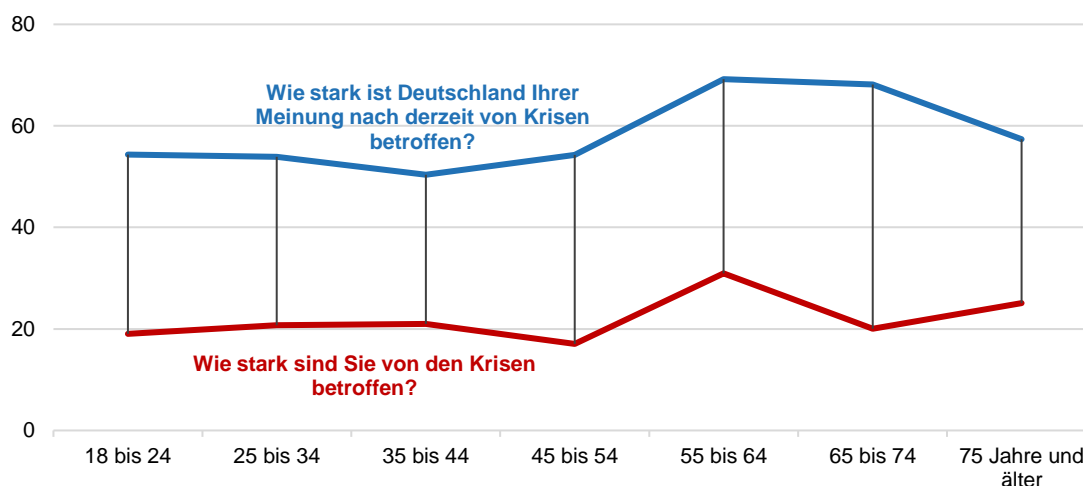
	gar nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark
CDU	6	41	39	11	4
AfD	2	13	44	25	16
DIE LINKE	9	43	32	13	2
GRÜNE	10	56	29	4	1
SPD	11	59	28	2	0
BSW	4	25	41	19	11
andere Partei	6	19	38	28	10

Befragte, n = 1.447 und 1.423; Anteile in Prozent, ohne Anteil *weiß nicht*  
Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Mit Blick auf die Einschätzung für Deutschland fällt insbesondere auf, dass Wähler/-innen der AfD (Listenstimme) im Parteivergleich mit Abstand am häufigsten der Meinung sind, dass Deutschland *sehr stark* krisenbetroffen sei (46 Prozent *sehr stark*, 36 Prozent *stark*). Mehr als 8 von 10 AfD-Wähler/-innen sehen damit eine starke Krisenbetroffenheit des Landes. Auch auf persönlicher Ebene sieht sich die Gruppe im Vergleich am stärksten den Krisenauswirkungen ausgesetzt: 41 Prozent geben an, (*sehr*) *stark* von den Krisen betroffen zu sein. Auch 73 Prozent der BSW-Wähler/-innen finden, dass Deutschland (*sehr*) *stark* von den gegenwärtigen Krisen betroffen ist, auch hier erleben mit 30 Prozent auf der persönlichen Ebene jedoch weniger (*sehr*) *starke* Auswirkungen. Wähler/-innen der CDU sehen ebenfalls mehrheitlich (58 Prozent) eine (*sehr*) *starke* Krisenbetroffenheit Deutschlands, hier liegt hingegen der Anteil derer, die das auch persönlich so empfindet, nur bei 15 Prozent.

Die Wahrnehmung der Krisenbetroffenheit unterscheidet sich nicht nur zwischen den Wählergruppen, sondern auch nach Alter. Obwohl in allen Altersgruppen eine Diskrepanz zwischen der Einschätzung von Fremd- und Selbstbetroffenheit vorliegt, fallen in Abb. 18 wiederum die Altersgruppen zwischen 55 und unter 75 Jahre auf. Sie sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland derzeit (*sehr*) *stark* von Krisen betroffen sei. Eine eigene Betroffenheit durch die Krisen wird zwar etwas häufiger als in anderen Altersgruppen zum Ausdruck gebracht (vgl. Ausführungen zur Altersspezifik bei der Demokratiezufriedenheit), dennoch beträgt die Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und Fremdbild fast 40 Prozentpunkte. Krisen werden also wesentlich stärker betont bzw. beschwört, als sie selbst wahrgenommen werden.

**Abb. 18: Krisenbetroffenheit nach Altersgruppen**



Anteile *sehr stark* und *stark*

Befragte, n = 1.447 und 1.423; Anteile in Prozent

Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

## Politische Meinungsbilder, Politikfelder

Die Analyse zu den Gründen für die Wahlentscheidung hat gezeigt, dass die Themen

- Migration & Zuwanderung (bzgl. der AfD-Wähler/-innen),
- Frieden & Ukrainekrieg (bzgl. der BSW-Wähler/-innen) und
- Klimawandel & Umweltschutz (bzgl. der GRÜNEN-Wähler/-innen)

im besonderen Maße wahlentscheidend waren. Diese Politikfelder wurden in der Wahltagsbefragung durch Statements abgefragt.

Auf die Frage, ob man es für richtig hält, dass sich Deutschland bei der Aufnahme von Geflüchteten engagiert, fällt das Meinungsbild sehr heterogen aus. 42 Prozent der Befragten *stimmen (eher) zu*, 29 Prozent *lehnen* ein Engagement *(eher) ab* und weitere 29 Prozent sind unentschieden in ihrer Meinung (Antwort *teils/teils*).

Das Meinungsbild zur Geflüchtetenfrage schlägt sich deutlich im Wahlergebnis nieder. In der AfD-Wählerschaft (Listenstimme, Wahllokal) *lehnen* 70 Prozent die Aufnahme von Geflüchteten *ab* (vgl. Abb. 19, Folgeseite). Demgegenüber erachten 82 Prozent der LINKEN-Wähler/-innen und 88 Prozent der GRÜNEN-Wähler/-innen es für richtig, dass sich Deutschland bei der Aufnahme Geflüchteter engagiert (vgl. Abb. 19).

Wählerinnen und Wähler der CDU stehen der Geflüchtetenfrage etwas unentschieden gegenüber. 85 Prozent von ihnen wählten die mittleren Antwortkategorien von *eher* Zustimmung bis *eher* Ablehnung. Ähnlich verhält es sich bei den Wählerinnen und Wählern des BSW. Wählerinnen und Wähler der SPD bewegen sich in der Frage des Umgangs mit Geflüchteten zwischen dem Meinungsbild der linken und grünen Wählerschaft sowie den konservativeren Wählern.

Der Krieg in der Ukraine und die Frage zu Waffenlieferungen war vor allen für Wählerinnen und Wähler des BSW wahlentscheidend. Das Meinungsbild zu diesem geostrategischen Politikfeld ist in der Bevölkerung ebenfalls heterogen. 40 Prozent der Leipziger Wahllokalwähler/-innen stimmen der Aussage „Es ist richtig, dass Deutschland an die Ukraine Waffen liefert.“ *gar nicht zu*, weitere 12 Prozent *stimmen eher nicht zu* (insg. 51 Prozent). Nur 31 Prozent der Befragten befürworten Waffenlieferungen, 18 Prozent sind unentschieden (Antwort *teils/teils*).

Entsprechend ihrer Wahlprogramme stehen auch die Parteien Waffenlieferungen höchst unterschiedlich gegenüber. Sehr klar äußern sich Wählerinnen und Wähler der AfD. 78 Prozent *lehnen* Waffenlieferungen strikt *ab*, weitere 9 Prozent *lehnen* sie *eher ab* (insg. 87 Prozent). Das entspricht dem höchsten Ablehnungswert über alle Parteien hinweg. Wähler/-innen des BSW sprechen sich auch in hohem Maße gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus – wenn auch nicht in der Entschiedenheit wie die AfD-Wähler/-innen.

**Abb. 19: Meinungsbilder zu Politikfeldern nach Listenstimme**

	Listenstimme	stimme voll zu	stimme eher zu	teils/ teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
Migrations-/Flüchtlingspolitik „Es ist richtig, dass sich Deutschland bei der Aufnahme von Geflüchteten engagiert.“	CDU	9	22	43	20	6
	AfD	4	6	19	22	48
	DIE LINKE	63	18	16	2	1
	GRÜNE	59	28	11	1	0
	SPD	31	34	27	7	1
	BSW	7	16	45	18	14
	andere Partei	22	18	34	14	11
Geo-/Ost-/Sicherheitspolitik „Es ist richtig, dass Deutschland an die Ukraine Waffen liefert.“	CDU	18	18	23	16	25
	AfD	5	3	5	9	78
	DIE LINKE	13	20	28	13	25
	GRÜNE	38	32	22	4	5
	SPD	29	26	26	10	8
	BSW	4	5	11	17	62
	andere Partei	12	13	16	7	51
Umwelt-/Klimaschutzpolitik „Die ständige Forderung umweltbewusst zu leben, empfinde ich als Zumutung.“ <i>Achtung: Das Item ist negativ formuliert. Die Ablehnung von Umwelt- und Klimaschutzpolitik äußert sich durch Zustimmung.</i>	CDU	10	13	26	28	23
	AfD	31	19	35	11	5
	DIE LINKE	1	2	13	20	63
	GRÜNE	1	1	4	15	79
	SPD	3	11	15	25	47
	BSW	9	24	29	17	20
	andere Partei	15	20	25	15	24

Befragte, n = 1.417 bis 1.422; Anteile in Prozent  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Eine deutliche Mehrheit für Waffenlieferungen gibt es nur innerhalb der Wählerschaft der GRÜNEN (70 Prozent). Die Wähler/-innen der SPD sprechen sich tendenziell eher für Waffenlieferungen aus (56 Prozent), jedoch sind viele von ihnen auch gespalten (26 Prozent *teils/teils*).

Unklar ist das Meinungsbild bei den Wähler/-innen der CDU. 36 Prozent befürworteten Waffenlieferungen, 41 Prozent sind dagegen und 23 Prozent sind unentschieden.



Das dritte Item „Die ständige Forderung, umweltbewusst zu leben, empfinde ich als Zumutung.“ fokussiert auf Umwelt- und Klimaschutzpolitik. Auch zu diesem Statement ist das Meinungsbild heterogen und nach Wahlentscheidung durchaus unterschiedlich.

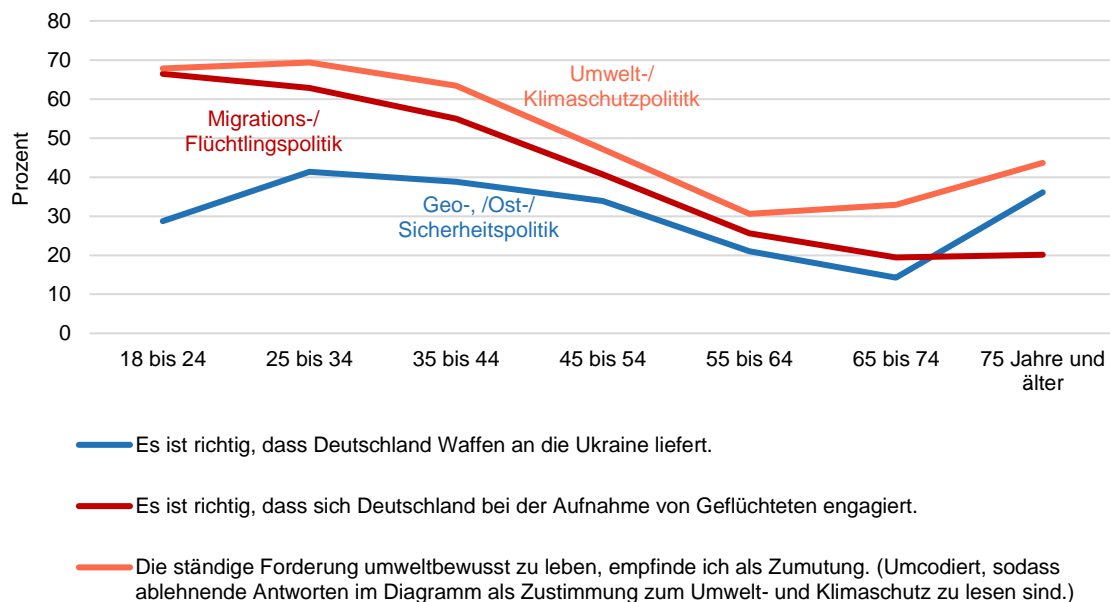
Das (negativ) formulierte Item wird von circa der Hälfte der AfD-Wählerschaft bejaht (vgl. Abb. 19). Das heißt, jeder zweite AfD-Wähler empfindet Forderungen nach umweltbewusstem Verhalten als Zumutung. Bei Wählerinnen und Wähler der anderen Parteien fällt der Anteil deutlich geringer aus. Am ehesten sprechen noch Wähler/-innen des BSW (33 Prozent) und der CDU (23 Prozent) von einer Zumutung.

*Zusammenhang mit dem Lebensalter*

Allen drei Politikfeldern ist gemein, dass Altersabhängigkeiten bestehen. Die Statements zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Migrations- und Flüchtlingspolitik werden von den jungen Altersgruppe deutlich häufiger bejaht als von Personen mittleren und höheren Alters (letztes insb. bei der Geflüchtetenfrage; vgl. Abb. 20).

Hinsichtlich der Waffenlieferungen herrscht sowohl bei den jüngeren als auch den Älteren nur wenig Zustimmung. Wählerinnen und Wähler zwischen 65 und 74 Jahre sind nur in sehr seltenen Fällen für Waffenlieferungen an die Ukraine (<20 Prozent).

**Abb. 20: Zustimmung zu Politikfeldern nach Altersgruppen**



Anteil *stimme voll zu* und *stimme eher zu* bzw. *stimme eher nicht zu* und *stimme gar nicht zu* (bei Umwelt- und Klimaschutz)

Befragte, n = 1.417 bis 1.422; Anteile in Prozent  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

## Politische Selbstwirksamkeit

Demokratie lebt von Teilhabe, und ein zentrales Element dafür ist die politische Selbstwirksamkeit. Das Konzept beschreibt die individuelle Erwartung politische Abläufe nachvollziehen und durch persönliches Handeln Einfluss nehmen zu können. In der Forschung wird zwischen interner politischer Selbstwirksamkeit, die auf das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zur politischen Teilhabe abzielt und die externe Selbstwirksamkeit, die das Maß beschreibt, in dem Menschen glauben, dass ihre Anliegen von der Politik gehört und berücksichtigt werden, unterschieden. Politische Selbstwirksamkeit ist dementsprechend ein Schlüsselfaktor für das Vertrauen und die Unterstützung des politischen Systems (Küpper, Sandal-Önal, & Zick, 2023).

Der Fragebogen zur Wahltagsbefragung beinhaltet daher fünf Items, welche die Wahrnehmung von Politikverdrossenheit und politischer Machtlosigkeit, das Verständnis von Sachfragen, die Zuordnung politischer Verantwortung sowie die Befürwortung von Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen enthalten, um politische Selbstwirksamkeit abzubilden.

Keinen Einfluss auf Regierungshandeln zu haben (externe politische Selbstwirksamkeit), ist besonders bei Wähler/-innen der AfD und des BSW ausgeprägt. Bei beiden Parteien bestätigen circa zwei Drittel die Aussage *„Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“* (vgl. Abb. 19, Folgeseite).

Demgegenüber steht die Wählerschaft der GRÜNEN (61 Prozent) sowie der SPD (51 Prozent), welche das Item verneinen und sich somit mehrheitlich politisch wirkmächtig fühlen. Die Wahrnehmung der CDU-Wählerschaft zur politischen Machtlosigkeit ist ambivalent. 36 Prozent der Befragten stimmen dem Item zu. Gleichzeitig verneinen 37 Prozent die Aussage und 27 Prozent entscheiden sich für die Antwortoption *„teils/teils“*.

Parteienübergreifend lehnen die Wähler/-innen die Aussage *„Ich halte es für sinnlos mich politisch zu engagieren.“* (interne politische Selbstwirksamkeit) ab (vgl. Abb. 19). Signifikante Ablehnung erfährt das Item bei Wähler/-innen der LINKEN, der GRÜNEN und der SPD mit jeweils mehr als 70 Prozent. Bei der Wählerschaft der CDU sinkt dieser Wert auf 57 Prozent befindet sich aber immer noch auf einem hohen Niveau.

Bei den Wähler/-innen der AfD (48 Prozent) und des BSW (48 Prozent) verneinen ebenfalls fast die Hälfte der Befragten die Aussage. Gleichzeitig erhält das Item bei Wähler/-innen des BSW mit 28 Prozent den höchsten Zustimmungswert.

Mit dem Item *„Jenseits von Wahlen gibt es für Bürger nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten“* wurden die Wähler/-innen zum Interesse an über Wahlen hinausgehenden Partizipationsangeboten gefragt.

**Abb. 21: Einstellungen zu politischer Machtlosigkeit, Politikverdrossenheit und Bürgerbeteiligung jenseits von Wahlen nach Listenstimme**

Politische Machtlosigkeit „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“	Listenstimme	stimme voll zu	stimme eher zu	teils/ teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
	CDU	14	22	27	24	13
	AfD	37	29	23	6	4
	DIE LINKE	9	20	26	32	13
	GRÜNE	2	14	23	34	27
	SPD	3	17	29	35	16
	BSW	34	31	18	11	5
	andere Partei	27	28	25	15	3

Politikverdrossenheit „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“	Listenstimme	stimme voll zu	stimme eher zu	teils/ teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
	CDU	5	15	23	34	23
	AfD	5	9	38	27	21
	DIE LINKE	4	6	12	28	50
	GRÜNE	1	3	11	28	57
	SPD	4	5	15	34	42
	BSW	18	12	22	26	22
	andere Partei	6	12	38	24	18

Bürgerbeteiligung jenseits von Wahlen „Jenseits von Wahlen gibt es für Bürger nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten.“	Listenstimme	stimme voll zu	stimme eher zu	teils/ teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
	CDU	10	28	29	28	5
	AfD	34	37	20	8	1
	DIE LINKE	14	36	22	22	7
	GRÜNE	5	27	23	33	12
	SPD	8	28	26	31	7
	BSW	28	30	21	19	2
	andere Partei	28	37	23	10	1

Befragte, n = 1.352 bis 1.408; Anteile in Prozent, ohne „weiß nicht“  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Eine deutliche Mehrheit der Wähler/-innen der AfD (71 Prozent) und des BSW (58 Prozent) meint, es gebe nicht genügend weitere Beteiligungsmöglichkeiten. Ebenfalls stimmt jede/-r zweite Wähler/-in der LINKEN, der Aussage zu. Nicht eindeutig gestaltet sich das Abstimmungsverhalten bei der CDU mit 38 Prozent Zustimmung, 33 Prozent Ablehnung und 29 Prozent für die Antwortoption „teils/teils“ (vgl. Abb. 19).

Bei den Wähler/-innen der SPD ist das Abstimmungsverhältnis nahezu ausgeglichen mit 36 Prozent Zustimmung und 38 Prozent Ablehnung. Bei der Wählerschaft der GRÜNEN

verschiebt sich das Verhältnis deutlicher in Richtung Ablehnung mit 45 Prozent. Parteiübergreifend wählen mindestens 20 Prozent die Antwortoption „teils/ teils“ aus.

Mit dem Item „Die politischen Probleme sind heute so kompliziert geworden, dass sie nur schwer zu durchschauen sind.“ wurde erfragt inwiefern die Wähler/-innen die Wahrnehmung haben, Politik zu durchdringen. Parteiübergreifend geben die Befragten mehrheitlich an, dass ihnen dies schwerfällt (vgl. Abb. 20).

**Abb. 22: Einstellungen zum Verständnis von politischen Sachfragen und Zuordnung politischer Verantwortung nach Listenstimme**

Verständnis politischer Sachfragen	Listenstimme	stimme voll zu	stimme eher zu	teils/ teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
		CDU	20	37	26	13
„Die politischen Probleme sind heute so kompliziert geworden, dass sie nur schwer zu durchschauen sind.“	AfD	25	30	22	14	9
	DIE LINKE	8	31	31	23	7
	GRÜNE	12	33	27	22	6
	SPD	17	34	27	19	3
	BSW	28	29	26	13	4
	andere Partei	24	30	29	11	5

Zuordnung politischer Verantwortung	Listenstimme	stimme voll zu	stimme eher zu	teils/ teils	stimme eher nicht zu	stimme gar nicht zu
		CDU	12	34	34	18
„Es fällt schwer, politische Entscheidungen einer Partei oder Person zuzuordnen.“	AfD	9	31	28	17	15
	DIE LINKE	5	29	31	29	6
	GRÜNE	5	30	27	28	11
	SPD	6	30	30	31	3
	BSW	18	28	36	12	5
	andere Partei	14	32	37	12	4

Befragte, n = 1.405 bis 1.373; Anteile in Prozent  
 Amt für Statistik und Wahlen Leipzig, Wahltagsbefragung Landtagswahl 2024

Bei den Wähler/-innen der AfD, des BSW, der CDU sowie der SPD stimmen mindestens die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass *politische Probleme zu kompliziert geworden seien*... Bei der Wählerschaft der GRÜNEN mit 45 Prozent sowie der LINKEN 39 Prozent fällt die Zustimmung niedriger aus. Lediglich bei diesen beiden Parteien verneint mehr als ein Viertel der Befragten die Aussage.

Auffällig ist, dass bei allen Parteien die Antwortoption „teils/teils“ um die 25 bis 30 Prozent erzielt, was darauf schließen lässt, dass themenspezifisch das Verständnis für politische Sachfragen vorhanden ist.

Auch die Zuordnung politischer Verantwortung fällt den Befragten parteiübergreifend tendenziell schwer (vgl. Abb. 20). Die höchste Zustimmung zur Aussage „*Es fällt schwer, politische Entscheidungen einer Partei oder Person zuzuordnen.*“ kommt von den Wähler/-innen des BSW mit 46 Prozent, gefolgt von der CDU mit 46 Prozent. Bei diesen beiden Parteien haben ebenfalls ein gutes Drittel der Befragten die Antwortoption „*teils/ teils*“ ausgewählt. Bei den Wähler/-innen der AfD stimmen noch 40 Prozent dem Item zu.

Nahezu ausgeglichene Werte für Zustimmung und Ablehnung und somit ein ambivalentes Ergebnis zeigen sich bei der Wählerschaft der SPD (Zustimmung 36 Prozent / Ablehnung 34 Prozent) und der LINKEN (Zustimmung 34 Prozent / Ablehnung 35 Prozent). Bei den GRÜNEN-Wähler/-innen stimmt gut ein Drittel der Aussage zu. Gleichzeitig handelt es sich bei ihnen um die einzige Wählergruppe, bei der die Ablehnung des Items mit 39 Prozent vergleichsweise hoch ausfällt. Die GRÜNEN-Wählerschaft äußert folglich am stärksten, dass politische Verantwortung schwer zuzuordnen sei.

Für alle Parteien weist das Item ca. 30 Prozent für die Antwortoption „*teils/ teils*“ auf, was vermuten lässt, dass für eine Vielzahl der Befragten die Zuordnung politischer Verantwortung in Abhängigkeit vom politischen Sachverhalt möglich ist.



de/Stadt/02.1\_Dez1\_Allgemeine\_Verwaltung/12\_Statistik\_und\_Wahlen/Stadtforschung/Kommunale\_Buergerumfrage\_2021\_-\_Ergebnisbericht.pdf abgerufen

Tsoulou Malakoud, D., Alpoegger, M., El Loura, Y., Ricci, A., Velasco Monasterio, G., & Zühlke, O. (2023). *European Parliament - Eurobarometer: Six months before the 2024 European Elections*. Von <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=899> 10 abgerufen

**Wahltagsbefragung zur Landtagswahl 2024**

Liebe Teilnehmerin, lieber Teilnehmer,

dieser Bogen wird maschinell ausgewertet. Markieren Sie eine Antwort bitte so:   . Korrekturen bitte so:   .

<b>1. Dem Kandidaten/der Kandidatin welcher Partei haben Sie gerade Ihre <u>Direktstimme</u> (Erststimme) gegeben?</b>	<b>2. Und welche Partei haben Sie gerade mit Ihrer <u>Listenstimme</u> (Zweitstimme) gewählt?</b>
<input type="radio"/> CDU <input type="radio"/> AfD <input type="radio"/> DIE LINKE <input type="radio"/> GRÜNE <input type="radio"/> SPD <input type="radio"/> FDP <input type="radio"/> Freie Wähler <input type="radio"/> BSW <input type="radio"/> andere Partei <input type="radio"/> heute keine Direktstimme abgegeben	<input type="radio"/> CDU <input type="radio"/> AfD <input type="radio"/> DIE LINKE <input type="radio"/> GRÜNE <input type="radio"/> SPD <input type="radio"/> FDP <input type="radio"/> Freie Wähler <input type="radio"/> Die PARTEI <input type="radio"/> BSW <input type="radio"/> Freie Sachsen <input type="radio"/> andere Partei <input type="radio"/> heute keine Listenstimme abgegeben

**3. Welches politische Thema hat Ihre Wahlentscheidung heute am stärksten beeinflusst? Bitte einen Stichpunkt nennen.****4. Was hat Sie dazu bewegt, diese Partei mit Ihrer Listenstimme (Zweitstimme) zu wählen? (Bitte maximal drei Kreuze)**

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Wahlwerbung der Partei             | <input type="checkbox"/> Inhalte der Wahlprogramme der Partei                 | <input type="checkbox"/> Spitzenkandidat/-in   |
| <input type="checkbox"/> wähle immer die gleiche Partei     | <input type="checkbox"/> Berichterstattung der Medien                         | <input type="checkbox"/> Einfluss durch privates Umfeld  |
| <input type="checkbox"/> politische Übereinstimmung         | <input type="checkbox"/> andere Parteien kommen kategorisch<br>nicht in Frage | <input type="checkbox"/> nicht aus politischer Überzeugung,<br>sondern wegen der Erfolgchancen |
| <input type="checkbox"/> wollte einen Denktzettel verpassen |   |  |

**5. Wann haben Sie sich entschieden, so zu wählen, wie Sie es soeben getan haben?**

- 
- heute
- 
- in der letzten Woche
- 
- im letzten Monat
- 
- bereits früher

**6. Bitte erinnern Sie sich, welche Partei haben Sie bei der Landtagswahl 2019 mit Ihrer Listenstimme (Zweitstimme) gewählt?**

- |                                     |  |   |                                       |
|-------------------------------------|--|---|---------------------------------------|
| <input type="radio"/> CDU           | <input type="radio"/> DIE LINKE                        | <input type="radio"/> SPD                                     | <input type="radio"/> AfD             |
| <input type="radio"/> GRÜNE         | <input type="radio"/> NPD (HEIMAT)                     | <input type="radio"/> FDP                                     | <input type="radio"/> Freie Wähler    |
| <input type="radio"/> andere Partei | <input type="radio"/> war noch nicht<br>wahlberechtigt | <input type="radio"/> nicht gewählt, obwohl<br>wahlberechtigt | <input type="radio"/> weiß nicht mehr |

**7. Wie zufrieden sind Sie...**

	sehr zufrieden	eher zufrieden	teils/teils	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht
mit der Arbeit der bisherigen sächsischen Landesregierung?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mit der Arbeit der Bundesregierung?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
- alles in allem - mit der Demokratie in Deutschland?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Aktuell ist viel von Krisen die Rede. Dabei wird zum Beispiel über steigende Preise und Inflation, den Krieg in der Ukraine, den Klimawandel, Migration, die Coronapandemie und die Gesundheitsversorgung diskutiert.

**8. Bitte beantworten Sie die folgenden Fragen.**

	gar nicht	wenig	mittel	stark	sehr stark	weiß nicht
Wie stark ist Deutschland Ihrer Meinung nach derzeit von Krisen betroffen?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wie stark sind Sie von den Krisen betroffen?	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**9. Wie beurteilen Sie allgemein die gegenwärtige wirtschaftliche Situation?**

	sehr gut	gut	teils/teils	schlecht	sehr schlecht
a) in Deutschland insgesamt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b) im Freistaat Sachsen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c) Ihre persönliche Lage	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**10. Wenn Sie an Ihr Leben im Großen und Ganzen denken: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig damit?**

- 
- sehr zufrieden
- 
- zufrieden
- 
- weder zufrieden/noch
- 
- unzufrieden
- 
- unzufrieden
- 
- sehr unzufrieden





